

Deutscher Abgaben-Irrsinn: Wenn nach der Gehaltserhöhung weniger Geld übrig bleibt

Wer mehr arbeiten geht, sollte am Ende des Monats auch mehr Geld in der Tasche haben. Hierüber besteht in Deutschland ein breiter gesellschaftlicher Konsens. Das Problem: Insbesondere für Geringverdiener lohnt sich Mehrarbeit häufig nicht. Sozialabgaben, Einkommenssteuer und Transferleistungen sorgen im Extremfall sogar dazu, dass das Netto-Einkommen sinkt.

Die Freude über eine Gehaltserhöhung währt oft nicht lange. Denn spätestens mit der Abrechnung folgt die Ernüchterung: Nach Steuern und Sozialabgaben kommt nur noch ein Teil des zusätzlichen Geldes im Portemonnaie des Betroffenen an.

Forscher des Kölner Instituts für Wirtschaft (IW) haben nun in einer neuen Studie mit dem Titel "**Grenzbelastung der Lohneinkommen im zeitlichen Vergleich**" berechnet, wie viel Menschen von ihrem Lohnplus behalten dürfen. Dafür haben sie Single-Haushalte mit unterschiedlichen Einkommen verglichen. Das Fazit der Autoren: Wer eine Gehaltserhöhung von 100 Euro im Monat mit seinem Arbeitsgeber aushandeln kann, muss davon meist mehr als die Hälfte an Fiskus und Sozialversicherung abführen.

Schuld daran ist einerseits das hohe Abgabenniveau bei der Sozialversicherung und andererseits ein schnell steigender Steuersatz für jeden zusätzlich verdienten Euro. Dieses Zusammenspiel wird auch Grenzbelastung genannt. Sie zeigt, wie viel von jedem zusätzlich verdienten Euro netto beim Steuerzahler ankommt – beziehungsweise wie viel er davon abgeben muss. Rechnet man beispielweise mit einer Grenzbelastung von 70 Prozent, würden nach den Abzügen nur 30 Cent des zusätzlich verdienten Euros auf dem Konto landen.

Staat bestraft Geringverdiener statt sie zu belohnen

Besonders stark trifft die Grenzbelastung die unteren Einkommensklassen, wie die Ergebnisse der Forscher des IW Köln nahelegen. Und mehr noch: Denn im Extremfall sinkt ihr Einkommen bei Lohnerhöhungen oder Mehrarbeit sogar. Für alle Verfechter des Leitsatzes „Leistung muss sich lohnen“ eine fatale Bilanz.

Den krassesten Anstieg bei der Grenzbelastung machen die Forscher beim Wechsel vom Mini- in den Midi-Job aus. Der Grund:

Bei einem Mini-Job fallen deutlich geringere Sozialversicherungsbeiträge an, da Beschäftigte häufig über Eltern oder Ehepartner kranken- und pflegeversichert sind. Sobald sie aber auch nur einen Euro über der Verdienstgrenze von 450 Euro liegen, müssen sie die Sozialabgaben aus eigener Tasche zahlen. Gleichzeitig werden auch Beiträge zur Rentenversicherung fällig und der Anteil zur Arbeitslosenversicherung steigt.

Anhand eines Beispiels verdeutlichen die IW-Forscher, was das im Extremfall bedeutet: Denn beim Übergang von 5.400 Euro (12*450 Euro monatlich) zu 5.500 Euro Jahreseinkommen klettert die Grenzbelastung für Beschäftigte einmalig auf 390 Prozent. Das heißt, das Nettoeinkommen würde rein rechnerisch um 290 Euro geschmälert.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass viele Mini-Jobber Transferempfänger sind – der Staat greift etwa mit Hartz IV, Sozialhilfe oder Zuschüssen zur Rente unter die Arme. Und diese Zuschüsse werden mit jedem Euro, den Beschäftigte zusätzlich verdienen, weniger. Allein deshalb zahlt es sich für viele kaum aus, mehr zu arbeiten.

Spitzenverdiener haben die geringste Abgabenlast

Doch nicht nur Geringverdiener, auch die Mittelschicht profitiert weniger stark als die Wohlhabenden von Gehaltserhöhungen. So rechnet das IW Köln aus, dass der Staat bei einem Beschäftigten mit einem monatlichen Durchschnitts-Bruttogehalt von 4.000 Euro 51 Prozent der Gehaltserhöhung von 100 Euro im Monat abgreift.

Zum Vergleich: Ein Spitzenverdiener, dessen Einkommen bei 7.000 Euro im Monat liegt, muss bei einem Lohnplus in gleicher Höhe (plus 100 Euro) nur 44 Prozent seines Zuverdienstes abgeben. Von der Gehaltserhöhung gehen lediglich der Spitzensteuersatz in Höhe von 42 Prozent sowie der Solidaritätszuschlag ab. Die Grenzbelastung bei den Sozialabgaben ist hingegen gleich null, da diese jenseits der Beitragsbemessungsgrenzen nicht weiter ansteigen. Das führt dazu, dass die Abgabenbelastung der Spitzenverdiener im Verhältnis zum Einkommen deutlich abfällt beziehungsweise die Grenzbelastung sinkt.

Abgabelast: Situation hat sich verbessert

Allerdings bewerten die Forscher des IW Köln positiv, dass sich die Situation in den vergangenen 20 Jahren verbessert hat. So sei die Grenzbelastung für die meisten Einkommensgruppen mit der Steuerreform 2000 der damaligen rot-grünen Regierung deutlich gesunken. Das zumindest legt ein historischer Vergleich der Jahre 2000, 2005, 2010, 2015 und 2019 nahe.

Handlungsbedarf sehen die Forscher dennoch. Sie beanstanden, dass hohe Grenzbelastungen Beschäftigte demotivieren, mehr zu arbeiten. „Dies bremst die wirtschaftliche Dynamik insbesondere vor dem Hintergrund des aufkommenden Fachkräftemangels“, so die Studienautoren. Neben einer allgemeinen Senkung der Grenzabgabenbelastung sehen sie daher in der Abmilderung der „Sprungstellen“ eine mögliche Handlungsoption.

Quelle: Focus Online Finanzen vom 15.06.2019

Anmerkung: Dass „Leistung muss sich lohnen!“ nur ein substanzloses Politiker-Geschwätz ist, wird durch die ungerechte und einfach nur dumme deutsche Steuer-Politik offensichtlich. Siehe dazu auch Seite 6 des Artikels **Eigener Text, Februar 2019: Die Wahrheit über Geld**